

## Selbstverständnis des SDS Regensburg

### I. Motivation

1. Die Globalisierung der Weltwirtschaft hat in den letzten dreißig Jahren ungeheure materielle Reichtümer geschaffen. Gleichzeitig bringt dieser Prozess immer ungeheurere Probleme, krassere Gegensätze und schreiendere Widersprüche hervor. Zum ersten Mal in der Geschichte ist es möglich, etwa das Doppelte der Weltbevölkerung ohne weitere Probleme zu ernähren. Dennoch verhungern jeden Tag tausende von Menschen. Die Schere zwischen arm und reich klafft nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch innerhalb der jeweiligen „Zonen“ immer weiter auseinander. Diese Verschärfung sozialer Ungleichheiten ist nicht das Ergebnis mangelnder Produktivität, sondern eine Frage der Verteilung, d.h. des politischen Willens. Wir betrachten die ungleiche Verteilung der weltweiten Güter als Ausdruck und direkte Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das Widersprüche nicht beseitigt, sondern selbst hervorbringt und täglich verstärkt.

Imperialistische Aggression, Krieg, fortschreitende ökologische Katastrophe, Abbau der Demokratie, ökonomischer und sozialer Rückschritt haben letzten Endes alle ihre Ursachen in der Struktur einer Gesellschaft, die einem Mechanismus folgt der in seinem Ergebnis nicht den Interessen der Mehrheit entspricht, sondern in der die Mehrheit den Interessen einer Minderheit, die durch Besitz, Macht und Wissen privilegiert ist, angepasst wird. Das System, das Reichtum für alle verspricht, aber nur für wenige schafft, muss ins Zentrum unserer Kritik rücken. Wir messen die Qualität einer Gesellschaft an den Lebensbedingungen ihrer schwächsten Mitglieder.

2. Wir sehen die Diskrepanzen zwischen dem versprochenen Ideal und der erlebten Wirklichkeit im Wirtschaftssystem selbst verwurzelt, also als Symptome. Die herrschende öffentliche Debatte betrachtet diese Widersprüche jedoch nicht als systemimmanentes Wesen, sondern behandelt die Symptome, als wären sie das eigentliche Problem. Zum Beispiel wird die steigende Verschmutzung und Überlastung der Umwelt zwar als problematisch erkannt, nicht jedoch ihre Ursache, nämlich

der Zwang zu immer weiterem Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosigkeit wird zwar als Problem wahrgenommen, ohne jedoch die Tatsache zu reflektieren, dass die Überflüssigkeit von Arbeitskraft eine direkte Folge steigender Effizienz der Produktion darstellt.

3. Die wachsende Ungleichheit zwischen denen, die besitzen und denen, die es nicht tun, ist jedoch nicht nur Symptom, sondern auch Voraussetzung für kapitalistische Produktion. Diese ist nämlich auf den Zwang gegen den Einzelnen angewiesen, seine Arbeitskraft angesichts einer immer größer werdenden Angst vor Erwerbslosigkeit und damit verbundener Armut immer billiger bis an die Grenzen der Sklaverei zu verkaufen.

Die Ungleichheiten zwischen den Besitzenden und Ausgebeuteten werden zudem durch einen wachsenden Konkurrenzdruck zwischen den Kapitaleignern selbst ständig verstärkt. Ausbeutung ist nicht schaler Beigeschmack oder gar eine Art „Kinderkrankheit“ des kapitalistischen Systems, sondern dessen Prinzip! Dieses weitet sich inzwischen auf viele Bereiche aus, die noch vor einigen Jahren als Allgemeingut betrachtet wurden. Jüngste Beispiele sind die Einführung von Studiengebühren und die Privatisierung von Staatsbetrieben, wobei stets die ökonomische Notwendigkeit von solchen Maßnahmen betont wird.

4. Die neoliberale Hegemonie bestimmt in hohem Maße den öffentlichen Diskurs auf allen Ebenen. Mit der Attitüde unfehlbarer Allgemeingültigkeit erhebt das marktradikale Dogma den alleinigen Anspruch das Wohl der Menschheit für diese und kommende Generationen herstellen zu können. Mit dem Totschlagargument des Sachzwangs wurde und wird noch jede soziale Kahl-schlagsmaßnahme gerechtfertigt, wie z.B. die Senkung von Mitteln zum sozialen Ausgleich und die Verarmung von ganzen Teilen der Bevölkerung. Diese Einseitigkeit der veröffentlichten Meinung schließt von Anfang an jede Alternative des Denkens und Handelns aus und wird so gleichsam zu einer Einbahnstraßenideologie, gegen die es sich intellektuell zu rüsten gilt.

5. Siegesgewiss wähnt sich der Neoliberalismus am Ende der Geschichte. Alternatives Denken soll von Anfang an als Träumerei, Phantasterei und Spinnerei abgetan werden. „Diskutiert wird nicht“ – sprechen die selbsternannten Demokraten. Das Denken im postmodernen Zeitalter muss sich aber gerade von Einheitsobsessionen verabschieden. Einseitigkeit impliziert Einheitsdenken. Wir aber wollen Vielheiten politischer, ökonomischer und kultureller Konzepte frei diskutieren. Es muss heute um die Aufdeckung von Mechanismen der Verabsolutierung gehen, um die Schaffung von Pluralitäten und Heterogenitäten, da letzte Einheit nicht anders als repressiv und totalitär gedacht werden kann. Wir wollen die neoliberale Ideologie, dieses verbindlich gesetzte Weltbild, diese monopolistische Utopie kritisieren. Wir wollen anders denken. Der Abschied vom Einen bedeutet den Abschied von Herrschaft und Zwang. Vielfalt und Heterogenität produzieren jedoch unweigerlich Konflikte, die in Diskussionen mit unterschiedlichen Standpunkten ausgetragen werden müssen. Diskutieren bedeutet deswegen die Basis jeder Demokratie. Wie kann mit verschiedenen Denk- und Lebensweisen so umgegangen werden, dass nicht mehr das eine Paradigma das andere unterdrückt? Wie kann man bei den verbleibenden Ungerechtigkeiten auch den Ansprüchen der Unterlegenen Gehör verschaffen?

Diese Beschränktheit zu durchbrechen ist Ziel und Anspruch des Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverbandes. Wir wollen an den Hochschulen einen Raum der Demokratie, der freien und kritischen Diskussion eröffnen mit der Grundauffassung, dass der Zustand der Universitäten symptomatisch für den Zustand der Gesellschaft ist. Immer rasanter dringt die Ökonomisierung aller Lebensbereiche in die Hochschule, eine der letzten Bastionen kritischen und unabhängigen Denkens, ein. Studiengebühren, Entdemokratisierung, private Drittmittelfinanzierung und der die Umstellung des Studiums auf Bachelor und Master sprechen für sich.

## II. Ziele

Die Aufgabe einer studentischen Opposition muss es sein, den Mangel an theoretischer Perspektive, den Mangel an Sensibilität gegenüber Verschleierungen, den Mangel an Radikalität in der Auslegung und Praktizierung unserer sozialrechtsstaatlichen und demokratischen Verfassung, den Mangel an Antizipationsfähigkeit, politischer Phantasie und Kreativität, zu überwinden.

Wir sehen die Reflexion und das Hinausdenken über den Kapitalismus als Voraussetzung für eine Zukunft, der wir hoffnungsvoll entgegensehen können. Um diesem Ziel näher zu kommen und einen Beitrag dazu zu leisten, die von uns kritisierten Missstände zu beheben, streben wir auf der Basis des Grundgesetzes und auf Grundlage einer radikalen Kritik des Bestehenden eine sozialistische und basisdemokratische Gesellschaftsordnung an. Nur dadurch können unserer Überzeugung nach Gleichheit und Gerechtigkeit zukünftig für alle Menschen gewährleistet werden. Letztendlich muss es um die Demokratisierung von Hochschule, Ökonomie und Gesellschaft gehen.

1. Mit Hinblick auf die Demokratiefähigkeit jedes einzelnen Menschen erscheint uns ein freies, kritisches und emanzipatorisches Bildungssystem als unbedingte Notwendigkeit. Dem einzelnen Menschen muss die Möglichkeit gegeben sein, ein kritisches Bewusstsein zu entwickeln. Nur so kann er seine Fähigkeit, seine Pflicht zu gestaltendem Mitwirken und seine gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen. Die Forderung ist daher die Abschaffung des selektiven Schulsystems, die Abschaffung der Studiengebühren und die bessere Integration sozial benachteiligter Gesellschaftsschichten wie Migranten, Arbeiterkindern und Menschen mit Behinderungen.

2. Damit Wissenschaft und Forschung selbstkritischer und freier Bildung dienen können, ist es unabdingbar, dass die Kapitalinteressen aus jenen Gebieten zurückgedrängt und unabhängige Wissenschaft und Forschung in den Dienst des Allgemeinwohls gestellt werden.

Wir als Hochschulverband fordern eine kritische Selbstreflexion der Lehrenden, Lernenden und Forschenden über Forschung und Lehre, die sich der Instrumentalisierung durch gesellschaft-

liche Einzelinteressen entzieht, und dazu beiträgt, Wissenschaft und Bildung als kritische Rationalität im Dienste des Menschen zu betreiben. Zentrale Ziele sind zum einen die demokratische Organisation und Selbstverwaltung und zum anderen die ausreichende staatliche und gesellschaftliche Finanzierung der Hochschule.

3. In einer demokratischen, auf Meinungspluralismus basierenden Gesellschaft sind die Medien die vierte Gewalt im Staat. Monopolartige Strukturen der privaten Medienlandschaft unterlaufen eine freie Meinungsbildung. Erklärtes Ziel muss es demnach sein, eine unabhängige und lokale Medienkultur zu fördern bzw. eine unabhängige und binnenpluralistische Medienlandschaft als Voraussetzung eines aufklärerischen Sozialismus zu erschaffen, die durch den Willen der Bevölkerung gestützt und geschützt ist.

4. Kapitalakkumulation führt zu Machtkonzentration. Unser Ziel muss es sein, diejenigen, die nichts oder wenig haben, am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum teilhaben zu lassen, um ihre demokratischen Rechte wahrnehmen zu können. Echte Demokratie kann nur durch eine Demokratisierung des Großkapitals erreicht werden, damit Kapitalinteressen keine einseitigen Machtpositionen in der Gesellschaft mehr darstellen. Die Mitbestimmung in Betrieben muss wieder fest verankert sein sowie die Kernelemente der Daseinsvorsorge und Infrastruktur unter demokratische Kontrolle gestellt werden müssen.

5. Im Krieg zeigt sich besonders deutlich die Brutalität des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie der Vulkan die Lava. Krieg führt zu einer Entrechtung und Entwürdigung von Menschen. Wir stellen fest, dass eine zunehmende Militarisierung der Internationalen Beziehungen stattfindet. Militärische Mittel werden verstärkt unter dem Vorwand Menschenrechte zu schützen für partikulare staatliche Ziele eingesetzt. Als so genannte Peace-Keeping, Peace-Building und Post-Conflict Operationen getarnt, erfolgt in Wirklichkeit eine Dominanz militärischer Krisenintervention gegenüber zivilen Friedensstrategien. Diese neue Form des „Krisenmanagements“ schwächt nicht nur die UN, sie widerspricht zum Teil dem Völkerrecht und untergräbt verbindliche nationale Souveränitätsrechte

sowie das Gewaltverbot nach Art. 2 UN-Charta. Wir lehnen die Militarisierung der Internationalen Beziehungen ab. Gewalt darf niemals Mittel der Politik sein. Wir zeigen uns solidarisch mit den verschiedenen Friedensinitiativen und bekennen und stehen ein für einen konsequenten Pazifismus.

6. Die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts ist für ein menschenwürdiges Leben unabdingbar. Systematisch vernichtet das kapitalistische Wirtschaftssystem mit seiner Wachstumsdoktrin die natürlichen Grundlagen des Lebens. Darunter haben vor allem die sozial benachteiligten Gesellschaftsschichten zu leiden, die sich dieser Zerstörung nicht entziehen können.

7. Die Teilhabe an Kunst und Kultur soll vor allem der Selbstreflexion, der Selbstkritik und der Selbstfindung des Einzelnen in der Gesellschaft dienen. Die kreative Entfaltung und der Austausch auf dieser Ebene muss für alle Schichten erleichtert und von der Gesellschaft getragen werden.

Zentrales Moment unseres Handelns ist die Solidarität als Grundlage des menschlichen Zusammenlebens. Solidarität ist für uns ein Eintreten für die rechte Anderer oder uns Fremder, für die wir dieselben Rechte wollen, wie für uns selbst. Das bedeutet für uns auch heute schon mehr als nur die Formulierung von Wohlwollen, sondern die gegenseitige Hilfe und das Bewusstsein von gemeinsamen Interessen, deren Durchsetzung vom Zusammenwirken vieler abhängt.

Nur so ist echte Zusammenarbeit im Sinne eines demokratischen Sozialismus möglich.

Nur so ist ein Wandel im Verständnis von Arbeit möglich, dessen Motivation nicht der persönliche Zwang, sondern menschliche Gefühle und das Wissen um Gemeinschaft darstellen.

Nur so ist ein anderes Denken, ist ein anderes Leben, ist eine andere Welt möglich. Nicht in ferner Zukunft. Sondern heute.